



Nr. 331 | 02.07.2024

Polen-Analysen

Die polnisch-ukrainischen Beziehungen seit dem russischen Angriffskrieg

ANALYSE	
Die Entwicklung der polnisch-ukrainischen Beziehungen seit Beginn der russischen Völlinvasion	2
Tadeusz Iwański (Zentrum für Oststudien, Warschau)	
DOKUMENTATION	
Außenminister Sikorski über die Unterstützung der Ukraine (Auszug aus dem Exposé 2024)	6
STATISTIK	
Ukrainische Geflüchtete in den Nachbarstaaten der Ukraine	7
UMFRAGEN	
Die Einstellung der polnischen Bevölkerung zu Geflüchteten aus der Ukraine	8
Die Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zu den Nachbarländern der Ukraine	11
CHRONIK	
18. Juni – 1. Juli 2024	12

Die Entwicklung der polnisch-ukrainischen Beziehungen seit Beginn der russischen Völlinvasion

Tadeusz Iwański (Zentrum für Oststudien, Warschau)

DOI: 10.31205/PA.331.01

Zusammenfassung

Die Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine werden vor allem von Fragen der Sicherheit definiert. Im gemeinsamen und vorrangigen Interesse beider Länder liegen der Sieg über Russland, das seit dem 24. Februar 2022 einen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt, und der Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union und zur NATO. Wirtschaftliche Konflikte haben die Beziehungen in jüngerer Zeit zwar belastet, jedoch werden sie von einem dichten Netzwerk beiderseitiger und zwischenmenschlicher Kontakte stabilisiert. In das dritte Kriegsjahr gehen beide Länder mit dem gemeinsamen Ziel, der russischen Aggression Widerstand entgegenzusetzen.

Einleitung

In den drei Jahrzehnten seit dem Zusammenbruch der UdSSR machten die Beziehungen zwischen der unabhängigen Ukraine und dem unabhängigen Polen verschiedene Höhen und Tiefen durch. Zwar verweigerte Kiew seine Zustimmung, die ethnischen Säuberungen an den Polen durch ukrainische Nationalisten in Wolhynien und Ostgalizien 1943–1944 anzuerkennen, was Spannungen nach sich zog. Dennoch bezeichneten beide Seiten ihre gegenseitigen Beziehungen stets als strategisch, gründeten sie doch vor allem auf der Anerkennung der gemeinsamen Gefahr vonseiten Russlands und der Notwendigkeit, die Ukraine in die transatlantischen Institutionen zu integrieren.

Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 erreichten die Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine zunächst ein außerordentlich hohes Niveau beiderseitiger Freundschaft, Solidarität und Unterstützung, um sich anschließend – nach knapp einem Jahr – vor allem unter dem Einfluss wirtschaftlicher Faktoren zu verschlechtern. Diese Kurskorrektur kam für beide Seiten plötzlich und war überraschend und schmerzhaft. Allerdings verdecken die Konflikte, die zwischen Polen und der Ukraine 2023 entstanden sind und sich ins erste Quartal 2024 hineinzogen, häufig die Bereiche, in denen die Zusammenarbeit fruchtbar und effektiv ist, aber ein geringeres Medienecho hervorruft. Zudem hatten die Streitthemen nicht zur Folge, dass sich die Regierungen oder die Gesellschaften der beiden Staaten voneinander abwandten, und sie signalisierten auch keine wesentliche Veränderung, was das lebhafteste Interesse beider Staaten an den gemeinsamen Beziehungen betrifft. Im Interesse Polens liegt es, dass die Ukraine ein unabhängiges, demokratisches und reformiertes Mitglied der transatlantischen Gemeinschaft wird, und ohne Polen oder im Konflikt

mit ihm wird die Ukraine diese Ziele – die vor allem die Ziele der ukrainischen Gesellschaft sind – nicht erreichen.

Polens rasche Militärhilfe war für die Ukraine überlebenswichtig

Auch wenn seit Beginn der russischen Aggression bald 30 Monate vergangen sein werden, gilt es daran zu erinnern, dass Polen als Erster und bedingungslos der überfallenen Ukraine Hilfe geleistet hat. Während andere Staaten über Hilfe in Form von nichttödlichen Waffen debattierten und sich auf eine rasche Niederlage der Ukraine einstellten, war das erste militärische Hilfspaket aus Polen bereits am Tag der Völlinvasion auf dem Weg in die Ukraine. Polnische T-72 Kampfpanzer kamen im März 2022 und Schützenpanzer im April in die Ukraine, was ermöglichte, die aus einberufenen Männern gebildeten neuen Einheiten der ukrainischen Armee zu bewaffnen. Die Lieferungen des polnischen selbstfahrenden gepanzerten Artilleriegeschützes Krab im Juni des Jahres, der ersten Exemplare dieses Typs NATO-Kaliber mit einer 155 mm-Haubitze, welche die Ukraine erhielt, und die der Ukraine gewährte Vorrangstellung beim Kauf neuer Exemplare dieses Geschützes erleichterten es ihr, die ersten Monate zu überstehen und im weiteren Jahresverlauf Erfolge zu erzielen.

Polen spielte auch eine Schlüsselrolle in der Diskussion über die Lieferung von MiG-29-Kampffjets an die Ukraine und übergab sie als Erster zusammen mit der Slowakei im März 2023. Außerdem mobilisierte Polen die ukrainischen Partner eine Koalition zu bilden, um der Ukraine Leopard 2A4-Kampfpanzer zu liefern. Vielfach in sozialen Medien geteilte Videos über die Effektivität der polnischen Ausrüstung – z. B. des Sturmgewehrs Grot, von Mehrfachraketenwerfern oder der Panzerhaubitze Goździk – riefen in der Ukraine kein geringeres Echo hervor als die Erfolge der gefeierten tür-

kischen Kampfdrohne Bayraktar. Polen hat der Ukraine Know-how zur Verfügung gestellt, wie sowjetische Ausrüstung mit westlicher kombiniert werden kann, indem z. B. die amerikanische Luft–Boden–Rakete HARM auf MiG-29-Kampfflugszeuge installiert wird, und wurde Hauptlieferant für Kraftstoff, dessen Bedeutung sowohl für den militärischen als auch den zivilen Bedarf in Kriegszeiten kaum zu überschätzen ist. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges hat Polen 44 militärische Hilfspakete für Kiew beschlossen. Nach offiziellen Informationen des polnischen Außenministeriums betrug der Gesamtwert der Unterstützung durch die polnische Regierung in den ersten beiden Kriegsjahren ca. 4,5 Milliarden US-Dollar – ohne die Ausgaben für die Flüchtlingshilfe, die mehrere Milliarden US-Dollar umfasste.

Warschauer Unterstützung stärkt positives Image Polens in der Ukraine

Die beispiellose Unterstützung für die Ukraine zeigte sich auch in der Öffnung der Grenze und Aufnahme von Millionen Flüchtlingen, von denen bis heute ca. eine Million offiziell in Polen registriert sind. Es geht aber nicht nur um Zahlen – die Offenheit, Solidarität und Gastfreundlichkeit der Pol:innen gegenüber den ukrainischen Gästen wird langfristig in Erinnerung bleiben und auch die Konflikte auf hoher politischer Ebene werden dies nicht schmälern. Hier wurde ein moralisches Musterbeispiel aufgestellt, das auch für andere Länder Europas in Bezug auf die Opfer der russischen Aggression gelten sollte. Das polnische Sondergesetz vom März 2022, das die Bürger:innen der Ukraine *de iure* mit den polnischen Staatsbürger:innen gleichstellt, war eine reale Hilfe für die Millionen Flüchtlinge, darunter auch Kinder, die kostenfreien Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem erhielten. In den letzten zwei Jahren wurde Polen der wichtigste Geber im Bereich humanitärer Hilfe für die Ukraine. Insgesamt gaben die polnischen Ministerien 16 Milliarden Euro für umfassende Hilfsleistungen für die Ukraine und die ukrainischen Kriegsflüchtlinge aus.

Polen spielte bereits vor dem 24. Februar 2022 eine Schlüsselrolle, als es Frankreich und Deutschland überzeugte, dass ein Kompromiss mit Russland über die Ukraine hinweg nicht nur unmöglich, sondern schlichtweg schädlich wäre. Außerdem leistete es logistische Hilfe bei den ersten Gesprächen der ukrainischen Delegation mit Russland in Belarus und in der Türkei (März 2022) über eine Beendigung des Krieges. Diese blieben nicht deshalb erfolglos, weil die Ukraine sie abgebrochen hat, sondern weil Putin (bis heute) nicht bereit ist, einen realistischen und ehrlichen Kompromiss einzugehen, und die Kapitulation der Ukraine anstrebt.

In der Folge erreichte das positive Image Polens in der Ukraine seinen Höhepunkt. Dieser Zustand hielt viele Monate an. Noch im Mai 2023 gaben in einer Umfrage

fast 95 Prozent der Befragten eine positive oder sehr positive Einstellung gegenüber Polen an. Im Dezember 2022 hatte der polnische Präsident Andrzej Duda in der Ukraine den höchsten Vertrauenswert im Vergleich zu anderen Staatsführer:innen erhalten. Dies bestätigten auch die beiderseitigen Beziehungen auf höchster politischer Ebene, der freundschaftliche, persönliche Kontakt zwischen den Präsidenten Andrzej Duda und Wolodymyr Selenskyj sowie die direkten Kontakte – Pol:innen wurden in der Ukraine geradezu bevorzugt, wollten sich die Ukrainer:innen doch, wo es nur möglich war, für die geleistete Hilfe bedanken. Es entstand die Idee, einen umfassenden bilateralen Vertrag nach dem Muster des Elysée-Vertrags zwischen Deutschland und Frankreich zu unterzeichnen, der den außerordentlichen Charakter der Beziehungen zwischen Warschau und Kiew rechtlich festhalten sollte. Dazu kam es allerdings nicht.

Von ersten Rissen...

Die Liste der Gesten und Aktivitäten auf polnischer Seite und der Zeichen der Dankbarkeit auf ukrainischer Seite ließe sich lang fortschreiben. Allerdings ebbt jede Mobilisierung irgendwann ab, und je größer die Opferbereitschaft ist, desto kürzer lässt sie sich aufrechterhalten. Die polnischen Streitkräfte wurden, was ihre an die Ukraine abgegebene Ausrüstung betrifft, in großem Maße ausgetrocknet und die in den USA und Südkorea neu bestellten Rüstungsgüter sind noch nicht in Polen eingetroffen. Der öffentliche Haushalt begann die an die Ukraine vergebenen bzw. für die ukrainischen Geflüchteten eingesetzten Mittel zu spüren, und hinzu kam die rasch voranschreitende Inflation. Negative wirtschaftliche Folgen ergaben sich auch aus wichtigen Entscheidungen der Europäischen Union vom Juni 2022, als alle Handelsbeschränkungen mit der Ukraine aufgehoben wurden und angesichts der russischen Blockade ukrainischer Seehäfen am Schwarzen Meer der beiderseitige Güterverkehr auf der Straße liberalisiert wurde. Entscheidungen, für die man in Friedenszeiten den mühsamen Verhandlungsweg eingeschlagen und sicherlich mehrere Jahre gebraucht hätte, was den Marktteilnehmer:innen die notwendige Zeit zur Anpassung gegeben hätte, wurden nun sehr schnell getroffen und von Warschau mit Blick auf die Notwendigkeit des Augenblicks unterstützt. In den folgenden Monaten kehrten sie allerdings als Bumerang zurück. Hinzukamen in Polen richtungsweisende Wahlen: die Parlamentswahlen im Oktober 2023 und die Kommunalwahlen im April 2024.

Bereits Ende 2022 begannen sich erste ernstzunehmende Risse in den polnisch-ukrainischen Beziehungen zu zeigen. Im November ging im ostpolnischen Przewodów eine Rakete nieder, die zwei polnische Staatsbürger tötete. Kiew versuchte Warschau zu überzeugen, dass es sich um eine russische Rakete handele und Polen die-

sen Angriff nicht unbeantwortet lassen solle. Obwohl die Daten mehrheitlich zeigten, dass es eine ukrainische Rakete war, reagierte Kiew abweisend und versuchte, Warschau, und somit die NATO, stärker in den Krieg einzubinden. Es fielen keine Worte des Bedauerns angesichts des Todes der beiden Polen, was einen bitteren Nachgeschmack hinterließ. Im April 2023 kam Präsident Selenskyj schließlich zu einem offiziellen Besuch nach Polen, nachdem er bisher nur auf der Durchreise in Polen gewesen war, wenn er den Flughafen im grenznahen polnischen Rzeszów zum Umsteigen genutzt hatte.

Ende 2022 war Polen sowohl im Import als auch im Export der größte Handelspartner der Ukraine, ein Logistikknotenpunkt mit Schlüsselbedeutung sowie der größte Kraftstofflieferant. Jedoch führten die Hauptakteure schon zu dieser Zeit schwierige Gespräche über Themen, die bald darauf die Atmosphäre zu zerstören begannen. Das schwierigste war der wachsende Zufluss des preislich konkurrierenden ukrainischen Getreides nach Polen, nachdem Russland die sog. Schwarzmeer-Getreide-Initiative blockierte. Bei dem »Getreideabkommen« handelte es sich um einen sicheren Seekorridor im Schwarzen Meer zwischen den Häfen im Raum Odessa und dem Bosphorus, der dank einer von der Türkei und den UN ausgehandelten Vereinbarung zustande kam. Auf diesem Wege konnte die Ukraine von August 2022 bis Juli 2023 Lebensmittel und Getreide exportieren. Der Seekorridor hatte absolute Schlüsselbedeutung, zumal die Ukraine noch vor der russischen Invasion fast 90 Prozent ihrer Ernährungs- und Agrarproduktion auf dem Seeweg exportiert hatte. Die preisgünstigen ukrainischen Produkte, die seit Beginn der Vollinvasion zunehmend den Landweg per Schiene und Straße nahmen, überschwemmten den polnischen Markt sowie auch die Märkte in Rumänien, Ungarn, der Slowakei und Bulgarien. Von 29,5 Millionen Tonnen ukrainischen Mais, Weizens, Raps und Sonnenblumenöls, welche die Ukraine zwischen Februar 2022 und Mai 2023 in die Europäische Union exportierte, gelangten 38,2 Prozent (11,3 Millionen Tonnen) in die genannten Länder und davon 13,3 Prozent nach Polen (3,9 Mio. Tonnen). Da der Transport auf dem Landweg (Schiene und Straße) deutlich teurer ist als auf dem Seeweg, war es für die ukrainischen Exporteur:innen am rentabelsten, ihre Produkte auf dem nächstgelegenen Markt zu verkaufen.

... bis zu Grenzblockaden

Das verursachte Verzerrungen und Verluste vor allem bei den lokalen Produzenten in den grenznahen Regionen. Im Ergebnis verhängte die Europäische Kommission im Mai 2023 ein Embargo über den Import (aber nicht den Transit!) der vier Produkte in die Europäische Union, das Polen und die anderen vier Länder im September einseitig verlängerten. Der Zeitpunkt war nicht

optimal – Russland hatte sich im Juli aus der Getreide-Initiative zurückgezogen und im Oktober standen Parlamentswahlen in Polen an –, aber die Probleme der polnischen Bauernschaft waren nun einmal real. Sie stießen jedoch in Kiew auf Unverständnis und trafen auf Reaktionen, die den polnischen Enthusiasmus der Ukraine gegenüber deutlich abkühlten. Ministerpräsident Denys Schmyhal und Präsident Selenskyj schienen nicht zu wissen, dass Polen der Ukraine weiterhin den Transit der mit Embargo belegten Produkte ermöglicht. Selenskyjs Rede vor den Vereinten Nationen im September 2023, in der er im Zusammenhang mit dem Embargo suggerierte, dass Polen Russland gegen die Ukraine unterstützen würde – ein Vorwurf so absurd wie schlicht ungerichtet und realitätsfremd –, rief in Polen große Bitterkeit und im Westen mindestens Unverständnis hervor.

Obwohl infolge des Embargos kein Getreide aus der Ukraine mehr nach Polen kam, es sei denn auf dem Transitweg in die Häfen und weiter nach Westen, begannen polnische LKW-Fahrer:innen im November 2023, polnische-ukrainische Grenzübergänge zu blockieren. Der Protest wurde am 16. Januar 2024 ausgesetzt, rief aber ein großes Echo in der Ukraine hervor, wo die Medien Polen beschuldigten, einen Handelskrieg gegen die Ukraine zu führen, den ukrainischen Logistikmarkt zerstören zu wollen und sogar den EU-Beitrittsprozess der Ukraine zu blockieren. Die polnischen Protestierenden wiederum beklagten sich über die ungleiche Konkurrenz vonseiten der ukrainischen Transporteur:innen, die infolge der Liberalisierung des Transports entstanden war – dieser unterlag nicht den strengen Anforderungen des EU-Mobilitätspakets und nahm den polnischen Kolleg:innen sowohl in der Ukraine als auch in Polen die Arbeit weg. Bald schlossen sich den LKW-Fahrer:innen die Bauern und Bäuerinnen an, die gegen den europäischen Green Deal und den Import aus der Ukraine protestierten. Die Blockade der Zufahrtstraßen zu den Grenzübergängen in die Ukraine hatte zum Ziel, der polnischen Regierung einen deutlichen Schlag zu versetzen und sie mit einem möglichen Imageverlust sowohl in der Ukraine als auch in der EU zu erpressen. Die Bauern und Bäuerinnen sind eine zahlenstarke und deutlich vernehmbare Interessengruppe in Polen (aus Bauernprotesten sind in Polen bereits mehrere politische Parteien hervorgegangen). Die Blockade der Grenzübergänge war politisch stark aufgeladen und wurde teilweise sehr wahrscheinlich auch von Russland unterstützt. Der Höhepunkt der negativen Emotionen waren einzelne Vorfälle, dass ukrainisches Getreide, das auf verminten und unter Beschuss stehenden Feldern geerntet worden war, von den Lastwagen am Grenzübergang im polnischen Dorohusk auf die Abstellgleise gekippt wurde.

Die Blockade war der stärkste Schlag für die Reputation Polens in der Ukraine. Kiew warf Warschau vor,

dass es nicht entschlossen handele und Angst habe, vor den bevorstehenden Kommunalwahlen im April 2024 schwach zu wirken. Die Blockade zerstörte das positive Image Polens, das es sich nach der russischen Invasion in die Ukraine aufgebaut hatte. Im März gaben nur noch 58,4 Prozent der Ukrainer:innen an, eine positive oder sehr positive Einstellung Polen gegenüber zu haben – weniger als beispielsweise gegenüber Deutschland, Rumänien, der Slowakei oder der Türkei. Die Blockade ukrainischer Grenzübergänge wurde als wichtigeres Ereignis wahrgenommen als das Zurückhalten finanzieller Hilfe in den USA oder die ungarische Blockade des Integrationsprozesses der Ukraine in die EU. Dabei muss allerdings unterstrichen werden, dass die polnischen Protestierenden humanitäre und militärische Transporte in die Ukraine nicht in großem Stil aufgehalten haben, es handelte sich um Einzelfälle und nicht um einen systematischen Plan der polnischen Bauernschaft. Diese weiß sehr gut, dass ihre Sicherheit und ihr Wohlstand vom effektiven Widerstand der Ukraine gegen Russland abhängen. Russland wiederum wurde in diesem Themenbereich aktiv, indem es Desinformation verbreitete, um Polen und die Ukraine weiter zu spalten, denn Moskau weiß, dass ein polnisch-ukrainischer Konflikt ein wichtiger Schlüssel zum eigenen Erfolg ist.

Sind die Wogen wieder geglättet?

Nach den polnischen Kommunalwahlen und der Unterzeichnung eines neuen Handelsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Ukraine, das einen Teil der polnischen Forderungen berücksichtigt, wurden die Blockaden Anfang Mai 2024 schließlich beendet. Der Wahlkampf war vorbei (die Wahlen zum Europäischen Parlament Anfang Juni fanden keinen so großen Widerhall in der Gesellschaft) und auch der Druck der Regierung auf die Protestierenden sowie die ausgehandelten Änderungen in der Verordnung zur Liberalisierung des Handels zwischen der EU und der Ukraine ab Juni 2024 erwiesen sich als wirksam. Dies schuf eine Grundlage für die Normalisierung der polnisch-ukrainischen Beziehungen.

Gleichzeitig ist es wichtig, die Bedeutung der Konflikte um das Getreide und die LKW-Fahrer:innen sowie die Bedeutung der Grenzblockaden für die polnisch-ukrainischen Beziehungen nicht zu überschätzen. Handelskonflikte gehören, so wie auch Konflikte im Bereich der Erinnerung und des Gedenkens, zu den Beziehungen unter Nachbarländern, ähnlich wie ökonomischer Wettbewerb *per definitionem* zum freien Markt und internationalen Handel gehört. Es lässt sich nicht leugnen, dass der Krieg einen zusätzlichen Kontext bietet und die ums Überleben kämpfende und Europa vor einer Ausweitung des Krieges verteidigende Ukraine einer besonderen Behandlung und außerordentlicher

Unterstützung bedarf. Allerdings sollten sich Engagement und Verzicht gleichmäßig auf die westlichen Partner der Ukraine verteilen und die Last nicht hauptsächlich von den Nachbarstaaten der Ukraine getragen werden. Es ist leicht, Warschau eine angebliche Abkehr von der Ukraine vorzuwerfen, denn es sind nicht die Regierungen in Berlin und anderen Hauptstädten, die unter dem Druck wirtschaftlicher Verluste für konkrete Interessengruppen und sich verschlechternder gesellschaftlicher Einstellungen gegenüber der Ukraine und den Ukrainer:innen stehen.

Es sei auch daran erinnert, dass Polen trotz Handelsstreitigkeiten seine Unterstützung für die vollständige Mitgliedschaft der Ukraine in der EU (und der NATO) nicht zurückzieht, denn es erkennt an, dass nur dieser Weg zu einem nachhaltigen Frieden nach Beendigung des Krieges führen kann. Die zutage tretende Konkurrenz und zukünftige Konflikte in diesem Bereich werden als Angelegenheit, die angesprochen werden muss, betrachtet angesichts der offenkundigen Vorteile, die eine reformierte, demokratische und vor allem souveräne Ukraine nach Beendigung des Beitrittsprozesses bietet. Der Beitrittsprozess wird lang sein und unvermeidliche Konflikte mit sich bringen, aber letztendlich haben Polen und die Ukraine ein gemeinsames Ziel.

Ein wichtiger Punkt, der aber in den laufenden Konflikten schnell übergangen wird, ist, dass Polen Kiew in der wichtigsten Angelegenheit, der Verteidigung der Ukraine gegen Russland, konsequent unterstützt. In diesem Bereich hat sich nichts geändert. Kiew weiß das gut, und hält es allzu oft für selbstverständlich, denn es meint, dass Polen auf die Ukraine angewiesen ist. Die Parole »es gibt kein freies Polen ohne eine freie Ukraine« ist eine Beschwörungsformel, die es erlaubt, sich nicht um die Beziehungen zu Warschau zu kümmern. Das Schlagwort ist aber nicht die ganze Wahrheit – schließlich ist Polen in der NATO und unterhält strategische Beziehungen zu den USA, was in der Welt von heute die allergrößte Sicherheitsgarantie ist.

Fazit

Die Hauptgemeinsamkeiten von Polen und der Ukraine gründen also vor allem auf den gleichen Sicherheitsinteressen. Das wichtigste Interesse ist der Sieg über Russland, damit es in Zukunft keine Gefahr mehr darstellt. Allerdings erklärt Kiew, dass Polen, indem es seinem Nachbarn hilft, vor allem für seine eigene Sicherheit Sorge. Das ist ein Faktor, der die Offenheit für die Umsetzung der Forderungen Warschaus in anderen Bereichen der bilateralen Beziehungen einschränkt, beispielsweise bei historischen Fragen. Die Ukraine ist immer noch nicht bereit, ihre Zustimmung zu polnischen Suchaktionen und Exhumierungen der polnischen Opfer aus der Zeit des polnisch-sowjetischen

Krieges von 1920 sowie der ethnischen Säuberungen an Polen durch ukrainische Nationalist:innen in Wolhynien und Ostgalizien in den Jahren 1943 und 1944 zu geben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in den letzten, vom Krieg gekennzeichneten, Jahren die Unstimmigkeiten in den polnisch-ukrainischen Beziehungen auf unterschiedliche Bewertungen wirtschaftlicher Fragen zurückzuführen sind. In Kiew werden sie als Konflikte vor einem politischen, nicht einem wirtschaftlichen Hintergrund behandelt. Von der gegen Russland kämpfenden Ukraine werden die Aktivitäten vonseiten Polens, die sich negativ auf die ukrainische Wirtschaft auswirken können, als Schwächung ihres Verteidigungspotenzials betrachtet – sie gelten also als unberechtigt und unmoralisch und seien letztendlich von Vorteil für den Kreml. Die Regierung in Kiew sowie die ukrainischen Medien berücksichtigen in diesem Zusammen-

hang nicht die negativen Auswirkungen der ukrainischen Konkurrenz auf die wirtschaftliche Situation in Polen und suggerieren, dass die wirtschaftliche Lage keine Bedeutung haben sollte angesichts der Tatsache, dass die Ukraine auch für die Sicherheit Polens kämpft.

Einer Veränderung oder Abmilderung der kritischen oder sogar kühlen Haltung gegenüber Warschau steht auch entgegen, dass Polen zurzeit nicht über mit den USA oder Deutschland vergleichbare militärische oder finanzielle Hilfe verfügt bzw. sie nicht anbietet. Insofern zahlt Polen gewissermaßen für seine Opferbereitschaft im ersten Kriegsjahr. Deutschland aber gewinnt, obgleich es damals keine Waffen liefern wollte und nur unter dem Einfluss der öffentlichen Meinung seine Politik geändert hat.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Tadeusz Iwański ist Leiter der Abteilung Belarus, Ukraine und Moldawien am Institut für Oststudien, Warschau (Ośrodek Studiów Wschodnich (OSW), Warszawa). Seine Forschungsschwerpunkte sind die Innen- und Außenpolitik der Ukraine und Belarus.

Lesetipp

Dieser Text ist auch in den Ukraine-Analysen Nr. 301 erschienen neben einer Analyse der ukrainisch-slowakischen Beziehungen (Jurij Pantschenko). <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/301/>.

DOKUMENTATION

Außenminister Sikorski über die Unterstützung der Ukraine (Auszug aus dem Exposé 2024)

Außenminister Radosław Sikorski (Bürgerkoalition/Koalicja Obywatelska – KO) informiert im Sejm über die Aufgaben der polnischen Außenpolitik 2024. Dazu gehört auch die Unterstützung der von Russland angegriffenen Ukraine.

Warschau, den 25.04.2024

[...]

Wir spüren es alle, dass sich die Geschichte beschleunigt hat, dass die Zeichen im Himmel und auf Erden außergewöhnliche Ereignisse ankündigen. Ministerpräsident Donald Tusk nannte unsere Zeiten »Vorkriegszeiten«. Aus den Ruinen des Imperiums des Bösen ist ein Ungeheuer wiedergeboren worden. Zu Hause am Familientisch fragen sich die Polen und Polinnen wieder, ob uns ein Krieg droht. Zurückgekehrt ist das Denken, dessen Tragik in die ersten Worte unserer Nationalhymne gefasst ist: »Noch ist Polen nicht verloren, solange wir leben.«

Diese Tragik ist auch die Erfahrung der Ukraine. Es ist kein Zufall, dass ihre Nationalhymne ähnlich beginnt: »Noch sind der Ukraine Ruhm und Freiheit nicht gestorben!« Der Einsatz des Verteidigungskrieges, den unser Nachbar austrägt, sind nicht nur die Unabhängigkeit und die Grenzen. Es ist auch das Sicherheitsgefühl Polens und unserer Region sowie der Gesamtzustand der Freiheit auf der ganzen Welt. Wenn sich die Ukraine erfolgreich verteidigt,

werden die Demokraten daran glauben können, dass das Gute das Böse überwindet und die Werte des Westens gewinnen können. Sollte sie fallen, wird hinter unserer östlichen Grenze die Dämmerung der triumphierenden Diktatur hereinbrechen. Die Aggression Russlands hat die bisherige Weltordnung erschüttert. Wir stehen vor einer einfachen Alternative – wir können es mit einer geschlagenen russischen Armee, die hinter der Ostgrenze der Ukraine steht, zu tun haben oder mit einer siegreichen Armee an der Ostgrenze Polens. Ich vertraue darauf, dass dank der Anstrengungen der zivilisierten Welt Putin den Krieg verlieren wird.

Im Jahr 2008, als ich als Außenminister mein erstes Exposé vorstellte, sagte ich, dass »Polen ein normales europäisches Land sein wird, wenn es zu beiden Seiten seiner Grenze normale europäische Nachbarn haben wird.« Das Ergebnis dieses Krieges wird darüber entscheiden, ob wir uns diesem Ziel nähern.

In den letzten 35 Jahren hat Polen das historische Zeitfenster genutzt und sich der großen Sicherheitszone angeschlossen und ist ihre östliche Flanke geworden. Heute können wir dank der Aufopferung der Ukrainer die Grenze der freien Welt um einige Hundert Kilometer nach Osten verschieben. Wir Polen wissen, was einsamer Kampf bedeutet. Gut, dass den ukrainischen Freiheitskampf gleichzeitig die größte Volkswirtschaft der Welt unterstützt – die Europäische Union – und die stärkste Militärmacht – die Vereinigten Staaten. Das in den USA verabschiedete Hilfspaket bedeutet, dass der Flughafen in Rzeszów schon bald wieder vom Lärm der landenden Transportflugzeuge mit Ausrüstung und Munition an Bord widerhallen wird.

Aus diesen historischen Windungen muss Polen als sicherer Staat, starker Partner in der Europäischen Union – einer starken Europäischen Union – als aktives und verantwortungsvolles Mitglied der globalen Gemeinschaft hervorgehen.

Wenn wir nicht alles tun, um diese Chance zu nutzen, werden es uns die kommenden Generationen nicht verzeihen. Aber wenn alle das Ihre tun – die ukrainischen Helden in Charkiw, im Donbass und am Dnepr, ihr mutiger Präsident in Kiew und wir, die westlichen Demokratien in der Europäischen Union, in Washington und London, wenn wir ihnen ausreichend Mittel geben, dann wird mit Gottes Hilfe die Freiheit siegen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

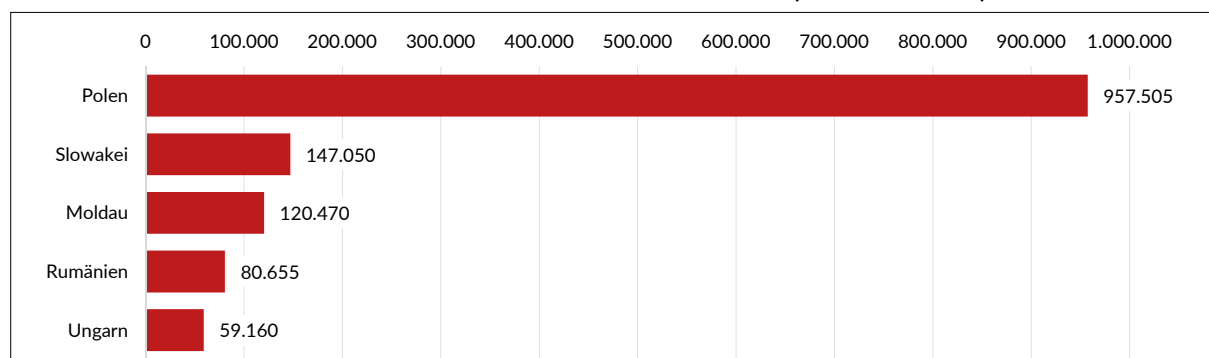
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Ministerstwo Spraw Zagranicznych [Das Außenministerium der Republik Polen]: Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2024 r. [Information des Außenministers über die Aufgaben der polnischen Außenpolitik 2024]. <https://www.gov.pl/attachment/6304784e-3a03-4bab-a309-d29a72b889fb> (abgerufen am 17.05.2024).

STATISTIK

Ukrainische Geflüchtete in den Nachbarstaaten der Ukraine

Grafik 1: Ukrainische Geflüchtete in den Nachbarstaaten der Ukraine (Stand: Juni 2024)

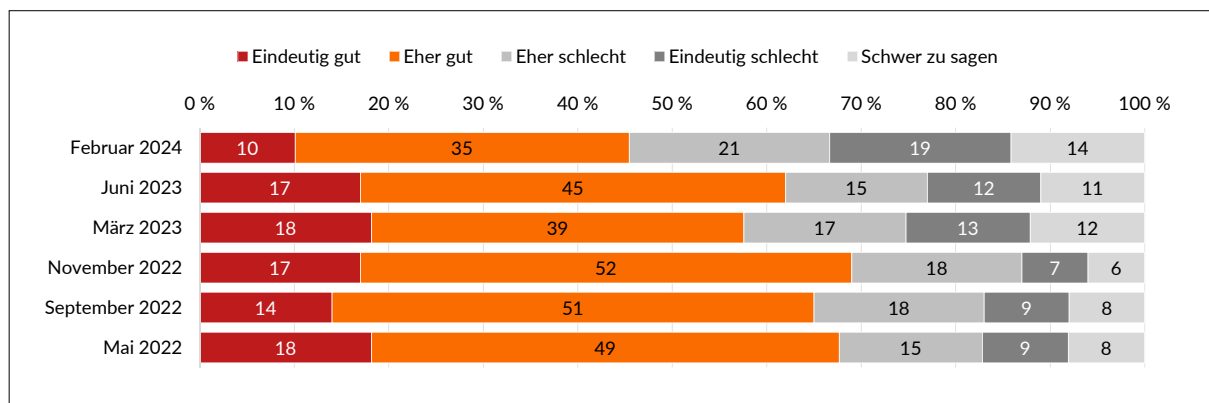


Quelle: UNHCR: Ukraine Refugee Situation, last updated 13.06.2024, <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine>.

UMFRAGEN

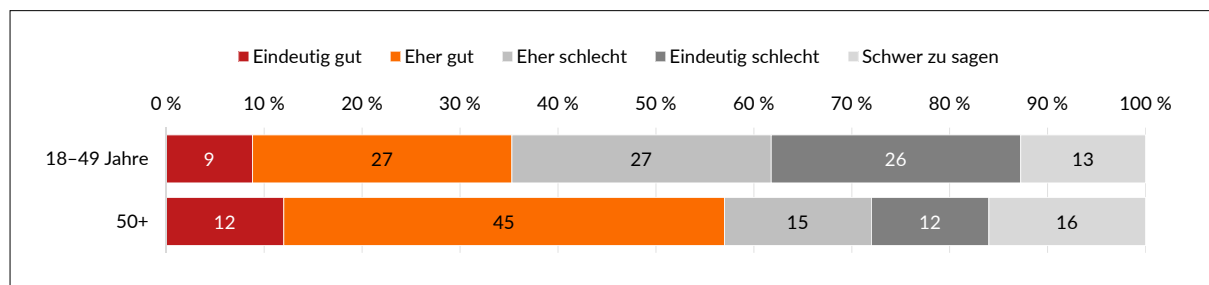
Die Einstellung der polnischen Bevölkerung zu Geflüchteten aus der Ukraine

Grafik 1a: Wäre es für Polen gut oder schlecht, wenn die Menschen aus der Ukraine, die sich zurzeit in Polen aufhalten, viele Jahre in Polen bleiben würden? (%)



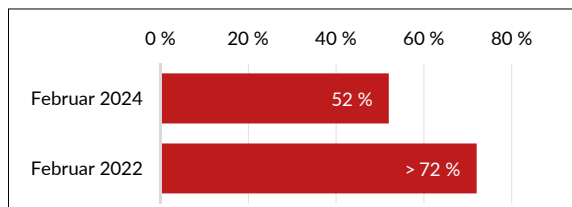
Quelle: Umfragen von Ipsos für OKO.press, 22.-26.02.2024. s <https://oko.press/odwracamy-sie-od-ukraincow-sondaz-ipsos> (abgerufen am 03.06.2024).

Grafik 1b: Wäre es für Polen gut oder schlecht, wenn die Menschen aus der Ukraine, die sich zurzeit in Polen aufhalten, viele Jahre in Polen bleiben würden? (nach Altersgruppen, %)

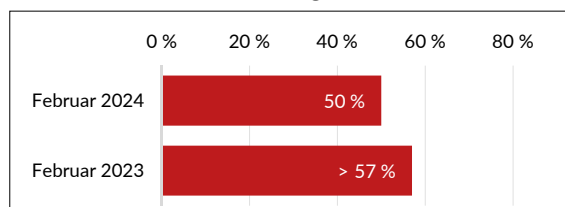


Quelle: Umfragen von Ipsos für OKO.press, 22.-26.02.2024. s <https://oko.press/odwracamy-sie-od-ukraincow-sondaz-ipsos> (abgerufen am 03.06.2024).

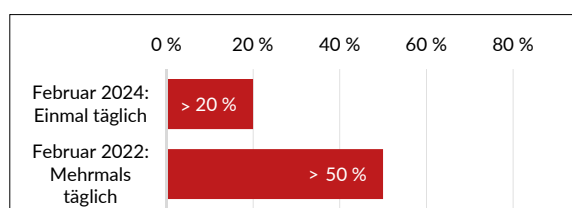
Grafik 2a: Zustimmung, Geflüchtete aus der Ukraine in Polen aufzunehmen



Grafik 2b: Die Öffnung des polnischen Arbeitsmarktes für ukrainische Geflüchtete wirkt sich positiv auf den Arbeitsmarkt aus: Zustimmung

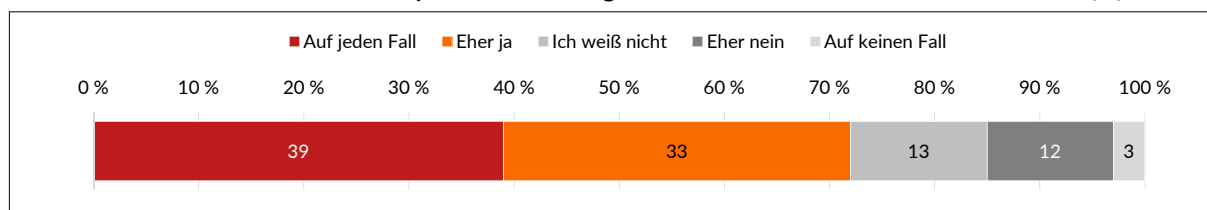


Grafik 2c: Informationen über den bewaffneten Konflikt zwischen Russland und der Ukraine suchen

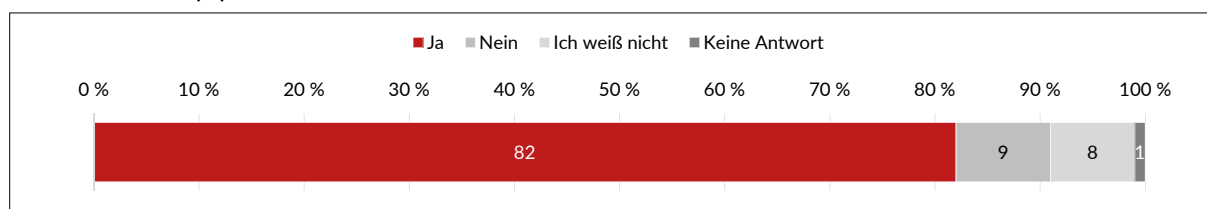


Quelle: Umfragen von Openfield, zitiert nach Forsal: <https://forsal.pl/gospodarka/aktualnosci/artykuly/9441346,zmniejsza-sie-poparcie-polakow-dla-uchodzcow-z-ukrainy-badanie.html> (abgerufen am 03.06.2024).

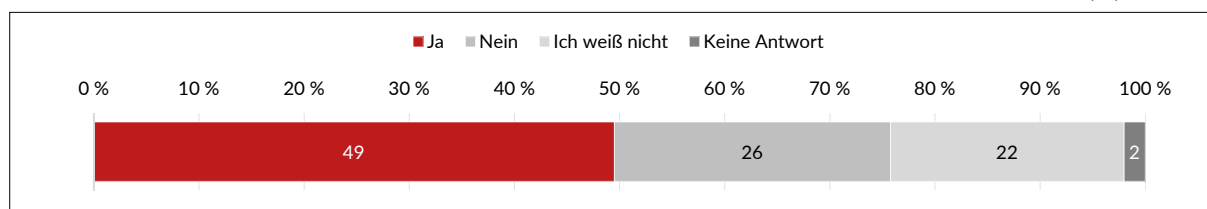
Grafik 3a: Sollte sich Polen im Verlauf des russischen Krieges gegen die Ukraine v. a. um seine eigenen Interessen kümmern und z. B. Importbeschränkungen für Produkte aus der Ukraine einführen? (%)



Grafik 3b: Sollten die Kinder von Geflüchteten aus der Ukraine in die polnischen Schulen aufgenommen werden? (%)



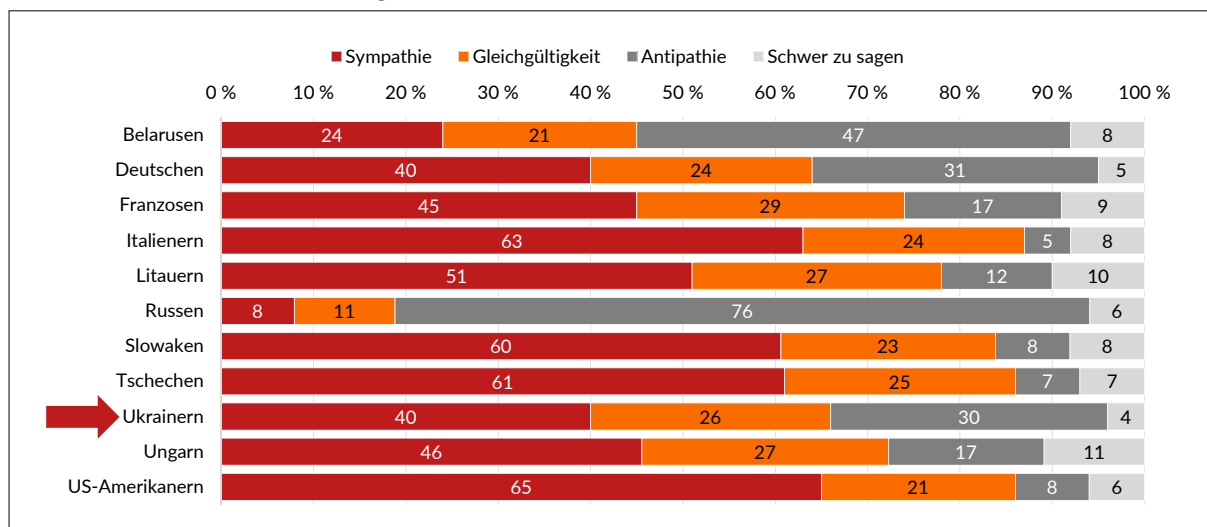
Grafik 3c: Was meinen Sie – kennzeichnet die Geflüchteten aus der Ukraine eine »andere Kultur«? (%)



Umfragen vom 11.05.-10.06.2024, durchgeführt vom Wydział Nauk Politycznych i Studiów Międzynarodowych Uniwersytetu Warszawskiego [Fachbereich Politische Wissenschaften und Internationale Studien der Universität Warschau] sowie vom Wydział Nauk Społecznych Akademii Ekonomiczno-Humanistycznej w Warszawie [Fachbereich für Sozialwissenschaften der Universität für Wirtschaft und Sozialwissenschaften in Warschau].

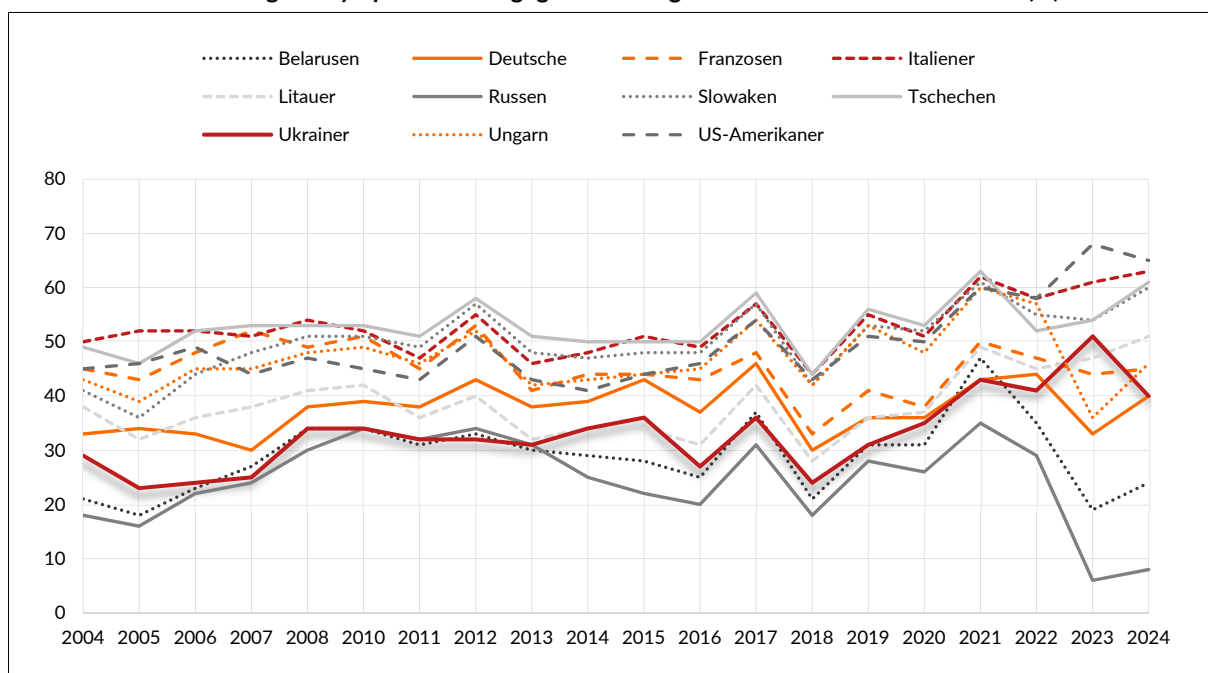
Quelle: Rzeczpospolita vom 18.06.2024. <https://www.rp.pl/spoleczenstwo/art40648561-w-polsce-rosnie-liczba-osob-negatywnie-nastawionych-do-uchodzcow-z-ukrainy-dlaczego> (abgerufen am 19.06.2024).

Grafik 4: Wie ist Ihre Einstellung zu... (% , März 2024)



Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr. 25/2024: Stosunek Polaków do innych narodów [Die Einstellung der Polen zu anderen Nationen]. Warszawa 03/2024. www.cbos.pl

Grafik 5: Veränderung der Sympathiewerte gegenüber ausgewählten Nationen 2004–2024 (%)



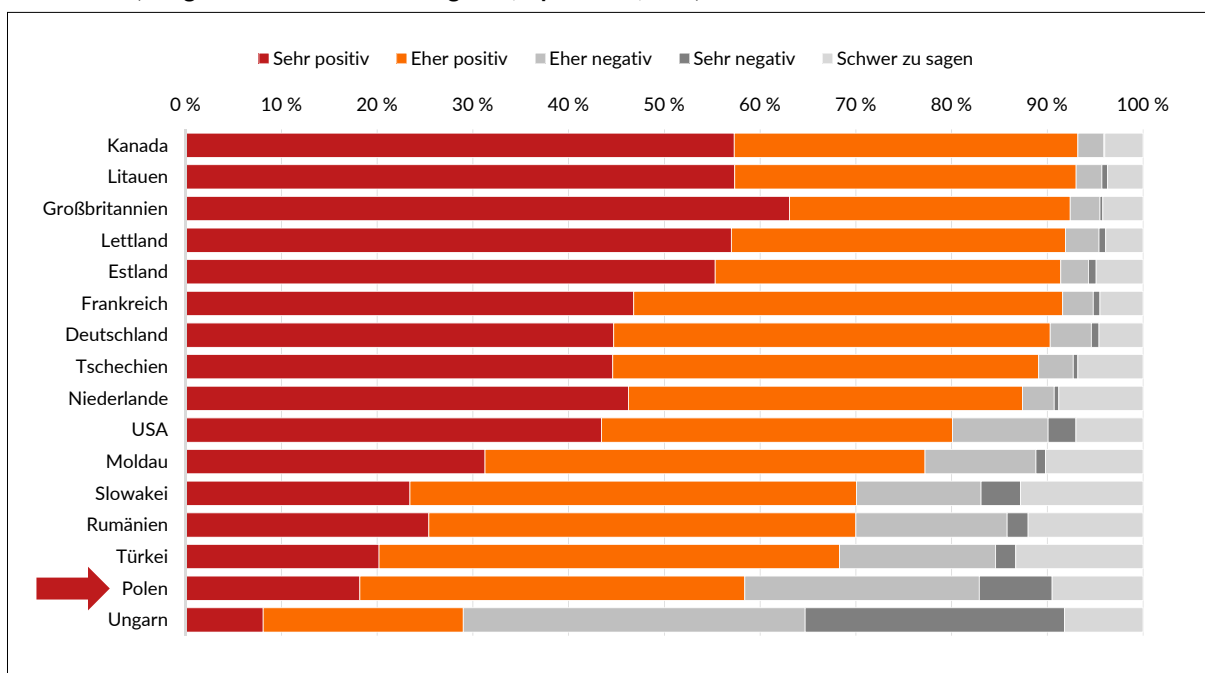
	2004	2005	2006	2007	2008	2010	2011	2012	2013	2014
Belarusen	21	18	23	27	34	34	31	33	30	29
Deutsche	33	34	33	30	38	39	38	43	38	39
Franzosen	45	43	48	52	49	51	45	53	41	44
Italiener	50	52	52	51	54	52	47	55	46	48
Litauer	38	32	36	38	41	42	36	40	32	34
Russen	18	16	22	24	30	34	32	34	31	25
Slowaken	41	36	44	48	51	51	49	57	48	47
Tschechen	49	46	52	53	53	53	51	58	51	50
Ukrainer	29	23	24	25	34	34	32	32	31	34
Ungarn	43	39	45	45	48	49	46	52	42	43
US-Amerikaner	45	46	49	44	47	45	43	51	43	41

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Belarusen	28	25	37	21	31	31	47	35	19	24
Deutsche	43	37	46	30	36	36	43	44	33	40
Franzosen	44	43	48	33	41	38	50	47	44	45
Italiener	51	49	57	44	55	51	62	58	61	63
Litauer	34	31	42	28	36	37	49	45	47	51
Russen	22	20	31	18	28	26	35	29	6	8
Slowaken	48	48	57	42	53	52	61	55	54	60
Tschechen	50	50	59	44	56	53	63	52	54	61
Ukrainer	36	27	36	24	31	35	43	41	51	40
Ungarn	44	45	54	42	53	48	60	57	36	46
US-Amerikaner	44	46	54	43	51	50	60	58	68	65

Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr. 25/2024: Stosunek Polaków do innych narodów [Die Einstellung der Polen zu anderen Nationen], Warszawa 03/2024. www.cbos.pl

Die Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zu den Nachbarländern der Ukraine

Grafik 1: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zu folgenden Ländern? (Ausgewählte Staaten im Vergleich, April 2024, in %)



	Sehr positiv	Eher positiv	Eher negativ	Sehr negativ	Schwer zu sagen
Kanada	57,3	35,9	2,7	0,1	4
Litauen	57,4	35,7	2,7	0,6	3,7
Großbritannien	63	29,3	3,1	0,3	4,2
Lettland	57	34,9	3,5	0,7	3,9
Estland	55,3	36,1	2,9	0,8	4,9
Frankreich	46,8	44,8	3,2	0,7	4,5
Deutschland	44,7	45,6	4,3	0,8	4,6
Tschechien	44,6	44,5	3,6	0,5	6,8
Niederlande	46,3	41,2	3,3	0,5	8,8
USA	43,4	36,6	10	2,9	7
Moldau	31,3	46	11,6	1	10,2
Slowakei	23,4	46,6	13	4,1	12,8
Rumänien	25,4	44,6	15,8	2,2	12
Türkei	20,2	48,1	16,3	2,1	13,3
Polen	18,2	40,2	24,5	7,6	9,5
Ungarn	8,1	20,9	35,7	27,1	8,2

Quelle: Razumkov-Zentrum, Einstellungen gegenüber dem Ausland, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinka-gromadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

CHRONIK

18. Juni – 1. Juli 2024

18.06.2024	Der Oberbefehlshaber des polnischen Grenzschutzes, Robert Bagan, und Dieter Romann, Präsident der deutschen Bundespolizei, thematisieren den Vorfall an der deutsch-polnischen Grenze vom 14. Juni, als deutsche Polizisten eine fünfköpfige afghanische Familie über die Grenze gebracht und in Polen in Osinów Dolny (Woiwodschaft Westpommern/województwo zachodniopomorskie) abgesetzt haben. Nach Angaben der Bundespolizei habe die Familie versucht, mit in Polen ausgestellten Dokumenten unerlaubt nach Deutschland einzureisen. Der polnische Grenzschutz wirft der Bundespolizei vor, für die Rückführung keine Rücksprache genommen zu haben. Das verstoße gegen die Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen und gegen das Überstellungsgesetz. Nach Angaben der Bundespolizei sei die polnische Seite informiert worden, dass die Familie übergeben werden solle, jedoch habe die polnische Seite nicht zeitnah reagiert. Nach Bekanntwerden des Falls kündigte Ministerpräsident Donald Tusk an, den »inakzeptablen« Vorfall mit Bundeskanzler Olaf Scholz erörtern zu wollen. Auch Innenminister Tomasz Siemoniak sucht das Gespräch mit seiner deutschen Amtskollegin Nancy Faeser.
19.06.2024	Die Europäische Kommission will gegen Polen sowie sechs weitere EU-Staaten ein Strafverfahren wegen zu hoher Neuverschuldung einleiten. Die Empfehlung der EU-Kommission bedarf noch der Zustimmung durch die EU-Finanzminister. Erlaubt ist eine Neuverschuldung von höchstens drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, außerdem darf der Schuldenstand eines Mitgliedsstaates 60 Prozent der Wirtschaftsleistung nicht übersteigen.
20.06.2024	Nach Angaben des Innenministeriums haben seit Verhängung des Aufenthaltsverbots im polnisch-belarusschen Grenzstreifen vor einer Woche knapp 750 Versuche illegaler Grenzübertritte nach Polen stattgefunden. In der Woche vor Inkrafttreten der Verbots (6.–12. Juni) habe der Grenzschutz mehr als 1.100 Versuche gezählt. 28 Medien wurde das Aufenthaltsrecht für die Sperrzone erteilt. Der Hintergrund der Einrichtung der Sperrzone ist, dass Russland und Belarus Personen aus Drittstaaten an die EU-Außengrenze bringen. Der durch die illegale Einreise aufgebaute Migrationsdruck sei Teil des hybriden Krieges der beiden Regime gegen Polen und die Europäische Union und solle diese destabilisieren, so der Vorwurf Polens und der EU.
22.06.2024	Vor Beginn seiner viertägigen Chinareise kündigt Präsident Andrzej Duda an, er wolle mit Chinas Staatspräsident Xi Jinping über eine mögliche Beendigung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sprechen, da China großen Einfluss auf Russland habe. Der zweite Schwerpunkt seiner Reise seien die Handelsbeziehungen zwischen Polen und China. Polen wolle auf eine stärkere Öffnung des chinesischen Marktes für polnische landwirtschaftliche Produkte hinwirken.
24.06.2024	Präsident Andrzej Duda wird in Peking vom chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping empfangen. Nach dem mehr als vierstündigen Gespräch lobt Duda auf einer Pressekonferenz die guten diplomatischen, politischen und menschlichen Beziehungen zwischen Polen und China und zeigt sich erfreut, dass Xi Jinping ihn »einen Freund genannt« habe. Duda teilt mit, dass Xi Jinping die visafreie Einreise für 15-tägige geschäftliche und touristische Aufenthalte in der Volksrepublik China für polnische Staatsbürger angekündigt hat. Begleitet wird Duda u. a. von Vize-Landwirtschaftsminister Jacek Czerniak, der eine Vereinbarung über die Aufhebung des Exportverbots von Geflügelfleisch aus Polen nach China unterzeichnet. Dieses war im Januar 2020 nach Auftreten der Vogelgrippe in Polen verhängt worden.
25.06.2024	In einem Interview im Sender TVN24 warnt Krzysztof Gawkowski, Minister für Digitalisierung, vor russischen Cyberangriffen auf die kritische Infrastruktur in Polen, etwa die Strom- oder Wasserversorgung. Die Angriffe könnten mit Desinformationskampagnen kombiniert werden, um Panik und Misstrauen der Regierung gegenüber zu schüren. Die polnischen Geheimdienste hätten zwei Gruppen des russischen Militärnachrichtendienstes GRU identifiziert, die zu diesen Zielen eingesetzt seien und Angriffe für die Zeit der Sommerferien vorbereiten würden.
26.06.2024	Außenminister Radosław Sikorski trifft sich in Pruszków mit der rumänischen Außenministerin Luminița Odobescu und dem türkischen Außenminister Hakan Fidan. Auf der Pressekonferenz im Anschluss sagt Sikorski, er habe die Unterstützung der Ukraine und die Stärkung der NATO vor hybriden und militärischen Angriffen als wichtigste polnische Sicherheitsinteressen thematisiert. Alle drei würden sich für Investitionen in die Sicherheit an der NATO-Ostflanke aussprechen.

27.06.2024	Paulina Matysiak, Abgeordnete der Partei Gemeinsam (Razem) und Fraktionsmitglied der Linken (Lewica), teilt mit, dass sie zusammen mit dem Abgeordneten von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) Marcin Horała die gesellschaftliche Bewegung »Ja zum Fortschritt!« (Tak dla rozwoju!) initiiert hat. Die Bewegung unterstütze Entwicklungsinvestitionen, z. B. in die Kernenergie, die Armee und die Zentrale Logistikdrehscheibe (Centralny Port Komunikacyjny – COP) in Polen. Daraufhin teilt die Fraktionsvorsitzende der Linken, Anna Maria Żukowska, mit, sie habe einen Antrag auf dreimonatige Aufhebung der Rechte als Fraktionsmitglied für Matysiak gestellt, da ihr Handeln nicht den Interessen der Fraktion entspreche. In einer veröffentlichten Stellungnahme der Partei Gemeinsam distanziert sich die Partei von der Initiative Matysiaks, die als ihre Privatangelegenheit bezeichnet wird. Sie sei gegen den Willen der Partei erfolgt und schädlich für diese, weshalb ein Disziplinarverfahren gegen Matysiak eingeleitet werde.
28.06.2024	Nach aktuellen Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) lebten im Jahr 2023 6,6 Prozent der Bevölkerung in extremer Armut. Das sind zwei Prozentpunkte mehr im Vergleich zum Jahr 2022. Der größte Anstieg (5,4 Prozentpunkte) wurde bei Personen in landwirtschaftlichen Haushalten verzeichnet. Extreme Armut liegt unter dem Existenzminimum.
29.06.2024	In einem Vortrag auf Einladung der Ditchley Gesellschaft (bei Oxford) sagt Außenminister Radosław Sikorski mit Blick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die autokratischen Entwicklungen Russlands, der Kreml könne besiegt werden, aber der Westen habe dies wohl vergessen. Der Westen müsse von neuem lernen, das Spiel der Eskalation zu nutzen. Man könnte die russischen staatlichen Aktiva in Höhe von 300 Mrd. Euro übernehmen. Der russische Präsident Wladimir Putin habe sie abgeschrieben, gehe aber nicht davon aus, dass der Westen sie antaste, was sich bisher bestätigt habe. Sikorski warnt vor einer Achse autokratischer Staaten, die Putin aufbaue und die eine Gefahr für die Werte, die Sicherheit und den Lebensstil der westlichen Welt sei.
01.07.2024	Das Verteidigungsministerium teilt mit, dass die US-Regierung Polen einen Direktkredit in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar aus dem Programm »Foreign Military Financing« bewilligt hat. Die Mittel sind für den Kauf von US-Rüstungsgütern zum Schutz des Luftraums bestimmt.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2024 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>